

Yu-Hsi Nieh

"Kalter Frieden" zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße

1 Doppelperscheinung von Krieg und Frieden in den "chinesisch-chinesischen" Beziehungen

Durch den kalten Krieg zwischen Ost und West wurden Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre vier Länder der Welt geteilt: Deutschland in Europa, Korea, China und Vietnam in Asien. Inzwischen ist Vietnam nach Hanoi militärischem Sieg 1975 und Deutschland nach der friedlichen Revolution 1989 in der ehemaligen DDR wieder vereinigt. Auch in Korea fanden vor kurzem Regierungsverhandlungen zwischen Seoul und Pjöngjang über die Wiedervereinigung statt. Nur am chinesischen Horizont läßt sich immer noch kein Silberstreifen erkennen.

Bislang haben beide Regierungen in Beijing und Taipei keine offiziellen direkten Kontakte. Zwar gibt es seit drei Jahren zunehmenden Handel, Post- und Reiseverkehr zwischen beiden Seiten über Hongkong oder andere Drittländer, allerdings sind es nach der offiziellen Version Taiwans nur "indirekte" und "inoffizielle" Beziehungen (s.u.). Sowohl die Führungen in Beijing als auch in Taipei haben nachdrücklich von einer friedlichen Vereinigung Chinas gesprochen, jedoch ist keine Seite bereit, auf Waffenanwendung zu verzichten oder ihren Anspruch auf die legitime Zentralregierung für Gesamtchina aufzugeben.

Neuerdings ist der "chinesisch-chinesische" Diplomatiekrieg wieder aufgeflammt. Beijing und Taipei kämpfen unbarmherzig gegeneinander um diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern. Es gibt auch Spekulationen über neue militärische Spannungen

zwischen beiden Seiten (s.u.). Im Hinblick auf die weltpolitische Lage und auf das Tauwetter auf Nicht-Regierungsebene zwischen beiden chinesischen Seiten ist zur Zeit ein "heißer Krieg" in der Taiwan-Straße kaum zu erwarten. Aber andererseits bleibt der Frieden weiter "kalt".

2 Beijings Friedensoffensive gegenüber Taiwan seit Ende der 70er Jahre

Beijings Taiwanpolitik, in deren Artikulation bis in die 70er Jahre hinein noch "Befreiung" oder, mit anderen Worten, militärische Eroberung der Insel vorkam, erfuhr beim Jahrzehntwechsel eine Kehrtwendung. Deng Xiaoping, der nach seiner zweiten politischen Verbannung 1977-1978 wieder die Regierungszügel in der Hand hatte, leitete den Reformkurs mit einer Wirtschaftsreform und -öffnung ein. Nicht nur um die militärische Belastung in der Taiwan-Straße zu erleichtern, sondern auch, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA zu ermöglichen, war eine Neuorientierung in Beijings Taiwan-Politik erforderlich. Denn infolge des Anspruchs auf die Alleinvertretung für Gesamtchina sowohl von Beijing als auch von Taipei mußte Washington Ende 1978 und Anfang 1979 beim Vollzug der diplomatischen Beziehungen zur VR China die diplomatischen Beziehungen zur Republik China (Taiwan) abbrechen und den Bündnisvertrag kündigen. Als Gegenleistung hatte die US-Regierung ursprünglich von Beijing einen Verzicht auf Waffenanwendung zur Lösung der Taiwanfrage verlangt. Dies

lehnte Beijing hartnäckig ab; statt dessen machte es seinerzeit eine Reihe von Friedensangeboten an Taiwan.¹

Am 1. Januar 1979 veröffentlichte das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses eine Botschaft an die taiwanesischen "Tongpao" (Landsleute), in der eine friedliche Wiedervereinigung Taiwans mit China vorgeschlagen wurde. Bei einer solchen Wiedervereinigung werde Beijing, so hieß es, den Status quo von Taiwan berücksichtigen, die Meinungen aller Gesellschaftskreise Taiwans respektieren, eine gerechte Politik betreiben und Maßnahmen treffen, damit die Bevölkerung von Taiwan nicht benachteiligt werde. Zugleich ordnete der damalige Verteidigungsminister Xu Xiangqian die Einstellung der Schießbefehls von Jinmen (Kinmen, Quemoy) an.² Die Truppen im Küstengebiet Taiwans wurden reduziert.³ Die Behörde für Zivile Luftfahrt und das Postministerium in Beijing forderten Taiwan auf, Verkehrs- und Postverbindungen zwischen beiden Seiten einzurichten. Das chinesische Außenhandelsministerium bot Taiwan die Aufnahme direkter Handelsbeziehungen an. Von den für Wissenschaft und Kultur zuständigen Stellen wurde noch eine Reihe von Vorschlägen über den Austausch und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Sportlern und Künstlern beider Seiten gemacht.⁴ Gegenüber amerikanischen bzw. japanischen Abgeordneten äußerte Chinas starker Mann Deng Xiaoping, Taiwan dürfe nach einer Vereinigung mit China so lange seine Autonomie mit einem eigenen politischen und wirtschaftlichen System beibehalten, wie die Inselbevölkerung dies wünsche. Außerdem könne Taiwan auch eine eigene Armee unterhalten. Die einzige Bedingung Beijings für die Vereinigung sei, daß Taiwan die Bezeichnung "Republik China" aufgeben und Beijing als Hauptstadt des Staates anerkennen müsse.⁵

Seitdem wirbt Beijing auf allen Kanälen unermüdlich um Taiwan. Nicht nur, daß das Taiwanbild in den Massenmedien und Büchern plötzlich positiv dargestellt wurde, sondern es wurden auch viele auf dem chinesischen Festland lebende Verwandte von Prominenten in der taiwanesischen Regierung und Armee, die früher unter den von der KPCh gesteuerten politischen

Bewegungen, zumal der großen proletarischen Kulturrevolution, schwer gelitten hatten, von der Regierung zu Abgeordneten verschiedener Volksvertretungsorgane bestimmt. Ein Höhepunkt der Friedensoffensive Beijings war, daß am 9. Oktober 1981, also dem Vorabend des Nationalfeiertags in Taiwan, in ganz China der 70. Jahrestag der Revolution von 1911 (der Gründung der Republik China) gefeiert wurde. In Beijing nahmen zehntausend Menschen an einer Gedenkfeier in der Großen Volkskongreßhalle teil, darunter die führenden Partei- und Regierungspolitiker wie Hu Yaobang, Ye Jianying, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Hua Guofeng. Hu Yaobang, der damalige Parteivorsitzende der KPCh, bekräftigte in seiner Festrede auf der Veranstaltung die historischen Verdienste der Revolution von 1911 und rühmte Sun Zhonyshan (Sun Yat-sen), Führer der Revolution und Vater der Republik China, als großen Nationalhelden. Ferner erinnerte er an die zweimalige Zusammenarbeit zwischen der KPCh und der GMD (Guomindang, Kuomintang) während des Nordfeldzugs gegen die Warlords in den 20er und des Widerstandskrieges gegen Japan in den 30er Jahren und fragte: "Warum sollte man nicht eine dritte Zusammenarbeit zwischen der Guomindang und der KPCh zustande bringen können?" Darauf lud er Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), den damaligen Parteivorsitzenden der GMD und Staatspräsidenten der Republik China, sowie zahlreiche andere führende Persönlichkeiten Taiwans ein, das chinesische Festland zu besuchen.⁶

Die Richtlinien der Beijinger Taiwan-Politik wurden noch am Vorabend des Nationalfeiertags der VR China, am 9. Oktober 1981, vom Marschall Ye Jianying, dem damaligen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China, in einem Interview für die chinesische amtliche Presseagentur Xinhua (Neues China) zusammenfassend dargestellt. Dabei machte er erneut die Vorschläge zur Aufnahme der Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen, zur Öffnung für gegenseitige Besuche von Verwandten und Touristen sowie zum Austausch beider Seiten in wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Bereichen, die später auch in der stichwortartigen Abkürzungsform "san-

tong siliu" (drei Arten von Verbindungen und vier Arten des Austausches) bekanntgeworden sind. Er wiederholte das oben bereits genannte Versprechen Deng Xiaopings, Taiwan nach einem Wiederanschluß an China insofern weit Autonomie zu gewähren, als es eigene Streitkräfte, sein gegenwärtiges Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sowie seine Lebensform beibehalten dürfe. Ergänzend fügte er hinzu, daß auch nach dem Zusammenschluß beider Seiten die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Taiwans mit dem Ausland unverändert und die Eigentumsrechte sowie das rechtmäßige Erbrecht auf Privateigentum, Häuser, Grund und Boden, Betriebe und die ausländischen Kapitalanlagen unangestastet bleiben sollen.

Darüber hinaus hat Ye in dem Interview auch einige neue Vorschläge gemacht, so die Beteiligung der Vertreter Taiwans an der Staatsführung, das Niederlassungsrecht und Freizügigkeit für alle Bürger Taiwans auf dem chinesischen Festland und die Investitionsmöglichkeit für taiwanesischen Unternehmer auf dem chinesischen Festland mit Garantie ihrer legitimen Rechte, Interessen und Profite. Er sprach sogar von Finanzhilfe für Taiwan im Notfall und forderte die KPCh und die GMD dazu auf, auf der Grundlage der Gleichberechtigung Gespräche miteinander zu führen, um eine dritte Zusammenarbeit beider Parteien in die Wege zu leiten und "so gemeinsam zur großen Sache der Wiedervereinigung des Vaterlandes beizutragen". "Beide Seiten können einen Meinungsaustausch zuerst über Kontaktpersonen aufnehmen", meinte er.⁷

Seit 1981 haben sich Beijings führende Politiker zwar bei verschiedenen Gelegenheiten weiter über ihre Taiwan-Politik geäußert, aber alle sind im Grunde nicht über Yes Neun-Punkte-Vorschläge hinausgegangen. Mit ähnlichen Richtlinien hatte Beijing 1982-1984 mit London über die Lösung der Hongkong-Frage verhandelt. Nach Abschluß der sino-britischen "Gemeinsamen Erklärung" von 1984, die eine Umwandlung der britischen Kolonie in eine Sonderverwaltungsregion der VR China 1997 vorsieht, machte die chinesische Führung Taiwan Vorschläge gemäß dem Hongkong-Modell, die sich auch in dem von Deng Xiaoping formulierten Motto "ein Staat, zwei Systeme" (yiguo lianzhi) verkörperten.⁸

Bei den sino-britischen Verhandlungen über Hongkong lehnte Beijing eine Beteiligung der Hongkonger Regierung oder Vertreter der Hongkonger Bevölkerung kategorisch ab. Im Falle Taiwan hat Beijing nur Interesse an Verhandlungen zwischen zwei Regierungsparteien, KPCh und GMD, weil es die Regierung in Taipei selbst lediglich als eine lokale Behörde betrachten will. Ferner sprach man zwar von "gleichberechtigten Verhandlungen", doch wurde zugleich die Vorbedingung gestellt, daß Taiwan den Namen und Staats-Status der Republik China aufgeben und Beijing als die Zentralregierung für Gesamtchina akzeptieren müsse. Dies bedeutet also in Wirklichkeit nur eine "würdige Kapitulation" Taiwans. Im Unterschied zu Hongkong will Beijing nach einer Wiedervereinigung keine Truppen der VBA in Taiwan stationieren, andererseits ist man jedoch nicht bereit, auf Waffenanwendung gegen Taiwan zu verzichten. Beijing will damit nicht nur die taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung einschüchtern, sondern auch die GMD zu Verhandlungen zwingen.

3 Die Friedensgegenoffensive Taiwans seit Mai 1990

Noch bis vor kurzem war Taiwans Politik gegenüber Beijing bei dem harten Kurs mit Tönen des kalten Krieges. Als Antwort auf das obengenannte Friedensangebot des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses in Beijing erklärte der damalige Staatspräsident der Republik China in Taiwan und Vorsitzende der GMD Jiang Jingguo in seiner Botschaft zu Neujahr 1979, daß seine Regierung den Kampf gegen den Kommunismus nicht aufgeben werde, bis das kommunistische Regime in China zugrunde gegangen sei.⁹ Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yun-suan) hat in seiner Erklärung vom 11. Januar desselben Jahres Beijing aufgefordert, den Marxismus-Leninismus und die Weltrevolution aufzugeben, die kommunistische Diktatur und die Volkskommunen aufzuheben, dem Volk Demokratie und Freiheit zu gewähren und das Privateigentum zurückzugeben.¹⁰ Die von Marschall Ye Jianying offerierte Finanzhilfe für den Notfall an Taiwan wurde von Song Chuyu (James Soong), dem damaligen Regierungssprecher

von Taipei, als "Witz des Jahres" verspottet. Er sagte, die chinesischen Kommunisten mit ihrer eigenen Finanznot seien wie "ein Buddha aus Lehm beim Überqueren eines Flusses" (nipusa guojiang) nicht einmal in der Lage, sich selbst zu retten.¹¹

Auf einer Sitzung des Ständigen Komitees des ZK der GMD in Taipei betonte Jiang Jingguo am 7. Oktober 1981, also eine Woche nach der Veröffentlichung des Interviews von Ye für die Presseagentur Xinhua, daß seine Partei niemals mit den chinesischen Kommunisten verhandle. "Mit den kommunistischen Banditen zu verhandeln", so Jiang, "ist nichts anderes als Selbstmord zu begehen."¹² Einen Tag nach der obengenannten öffentlichen Einladung des Vorsitzenden der KPCh Hu Yaobang an Jiang, rief dieser in seiner Rede bei der Militärparade am 10. Oktober 1981 zum Jubiläum des 70. Gründungstages der Republik China in Taipei nochmals dazu auf, binnen zehn Jahren das chinesische Festland von den Kommunisten zurückzuerobern.¹³ Später hat Taiwan seine ablehnende Haltung gegenüber Beijing auf die einfache Formel der "Drei-Nein" (san bu) gebracht: Nein zum Kontakt, Nein zur Verhandlung, Nein zum Kompromiß (bu jiechu, bu tanpan, bu tuoxie).

Die GMD-Regierung, die im bewaffneten Kampf gegen die Kommunisten Ende der 40er Jahre auf dem chinesischen Festland ein Debakel erlitten hatte, befand sich in dem neuen Propaganda-Krieg um Frieden und nationale Vereinigung infolge ihrer unbeweglichen Strategie wieder in einer defensiven Position und mußte eine Niederlage nach Punkten hinnehmen. Denn auch in der eigenen Bevölkerung stieß immer mehr auf Unverständnis, daß man einerseits von Demokratie, Freiheit und Wirtschaftserfolgen in Taiwan sprach, andererseits aber jegliche Berührung mit "drüben" scheute. So reisten viele Bürger Anfang der 80er Jahre trotz des strengen Reiseverbots über Hongkong oder anderswo heimlich nach dem chinesischen Festland, um dort die Verwandten nach über 30jähriger Trennung zu besuchen. Darüber hinaus trieben zahlreiche Geschäftsleute im Hinblick auf Beijings Sonderpräferenz für Taiwan ebenfalls über Hongkong bzw. andere Drittländer insgeheim Handel mit

dem chinesischen Festland bzw. investierten dort. Nachdem diese "illegalen" Reisen und Geschäfte aufgrund der ständigen Zunahme für die Regierung nicht mehr zu kontrollieren waren, ging sie zunächst dazu über, ein Auge zuzudrücken; dann erlaubte sie, mit einigen Ausnahmen 1985-1986 erst den indirekten Handel mit dem chinesischen Festland und 1987 auch Reisen nach drüben über einen dritten Ort.¹⁴ Die Einschränkungen bei "indirekten" und "inoffiziellen" Kontakten auf diesen und auch anderen Gebieten, wie Postverbindung und Kulturaustausch, sind inzwischen ständig weiter reduziert worden, so daß die Drei-Nein-Politik heute praktisch nur noch formelle Bedeutung hat.

Eine echte Offensive Taiwans in dem Propaganda-Krieg begann aber erst nach der Präsidentschaftswahl vom März 1990 in Taipei, als Li Denghui (Lee Teng-hui) am 20. Mai 1990 in der Rede anlässlich seines zweiten Amtsantritts als Präsident der Republik China den chinesischen Kommunisten gleichberechtigte Verhandlungen zuerst über kulturellen Austausch und Handel und dann auch über die Vereinigung Chinas anbot. Allerdings verknüpfte er sein Angebot zugleich mit Bedingungen, nämlich daß auf dem chinesischen Festland Demokratie und freie Marktwirtschaft eingeführt wird, dem Verzicht auf Waffenanwendung gegen Taiwan und störungsfreie Beziehungen Taiwans zum Ausland.¹⁵ Schon vor seinem neuen Amtsantritt hatte er die Ideen von "duideng tanpan" (gleichberechtigte Verhandlungen) und "yiguo liangfu" (ein Staat, zwei Regierungen) in Gesprächen mit zahlreichen Abgeordneten sowie durch die Medien verbreitet.

Eine weitere Vorwärtsstrategie Li Denghuis zeigte sich in der Gründung des Komitees für die Nationale Vereinigung (Guojia-tongyi Weiyuanhui) als ein Beratungsorgan für den Präsidenten am 7. Oktober 1990.¹⁶ Außerdem wurde im November 1990 im Exekutiv Yuan (Kabinett) auch das Komitee für das (chinesische) Festland (Dalu Weiyuanhui) als ein neues Organ für die Forschung, Planung und Ausführung der Chinapolitik gegründet. Da man aber vor einer Realisierung der von Li Denghui vorgeschlagenen gleichberechtigten Verhandlungen zwi-

schen beiden chinesischen Seiten auf Regierungsebene offiziell die "Drei-Nein-Politik" nicht aufgeben will, wurde am 21. Oktober ein Nicht-Regierungsorgan mit dem Namen "Haixia Jiaoliu Jijinhui" (Stiftung für Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße) eingerichtet, das im Auftrag des "Dalu Weiyuanhui" vom Gesetzgebungs Yuan die praktischen Arbeiten im Kontakt mit dem chinesischen Festland erledigt bzw. vermittelt. Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) äußerte die Hoffnung, daß die Stiftung Zweigstellen auf dem chinesischen Festland eröffnen dürfe. In diesem Fall würde Taiwan auch die Niederlassung einer ähnlichen Organisation aus dem chinesischen Festland erlauben.¹⁷

In der Außenpolitik hatte Taiwan noch früher mit einer flexibleren Haltung begonnen. Zunächst hatte es 1981 die Änderung des Namens Republik China in "Chinese Taipei" im IOK (IOC) hingenommen,¹⁸ als dieses die VR China als Mitglied aufnahm. Nachdem auch die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) im März 1986, um die Aufnahme der VR China als neues Mitglied zu ermöglichen, den Namen der Republik China in "Taipei, China" umgeändert hatte, blieb Taipei aus Protest zwei Jahre lang den Sitzungen der Bank fern.¹⁹ Ende April 1988 nahm es dann aber wieder an der 21. Jahrestagung der Bank in Manila teil²⁰ und sandte Anfang Mai 1989 sogar eine Delegation unter Leitung der damaligen Finanzministerin Guo Wanrong (Shirley W.Y. Kuo) nach Beijing zur Teilnahme an der 22. Jahrestagung der Bank.²¹

Die Asiatische Entwicklungsbank ist die einzige internationale Organisation auf Regierungsebene, in der Taipei aufgrund seiner flexiblen Politik seinen Sitz beibehalten kann. Im letzten Jahr geriet Beijing infolge der blutigen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung vom 4. Juni weltweit in eine tiefe politische Isolation. Hier sah Taiwan die Chance, auch in der Außenpolitik aus der Defensive zur Offensive überzugehen. Ab Juli 1989 hat die Regierung in Taipei unter ihrem neuen Kurs der "tanxing" (flexiblen) und "wushi" (pragmatischen) Diplomatie - aber auch mit der Unterstützung der Gelddiplomatie - zu zahlreichen Staaten in Lateinamerika und Afrika

diplomatische Beziehungen aufgenommen. Beijing, das im Gegensatz zu Taipei nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für ganz China festhält, sieht sich gezwungen, seine diplomatischen Beziehungen zu diesen Staaten abzubauen.

4 Wechselhafter Politik-Luftdruck in der Taiwan-Straße

Da die meisten Staaten ein Jahr nach den blutigen Ereignissen vom 4. Juni auf dem Tiananmen-Platz ihre Sanktionen gegen die VR China teilweise aufgehoben haben, ist Beijing in der letzten Zeit langsam aus der Isolation herausgekommen und konnte auch in dem neuen außenpolitischen Streit mit Taipei einige wichtige Siege erzielen. Am 21. Juli hat Saudi-Arabien diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und gleichzeitig diese als "die einzige legitime Regierung für die Vertretung des gesamtchinesischen Volkes" anerkannt. Taipei wurde gezwungen, seine diplomatischen Beziehungen zu dem Königreich am 22. Juli zu "unterbrechen" (zhongzhi), weil es nicht gelungen ist, zwei chinesische Repräsentationen in Riad durchzusetzen.²²

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien ist die größte außenpolitische Niederlage Taipeis seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Washington 1979. Ferner hat Beijing am 16. November 1990 diplomatische Beziehungen zu den Marshall-Inseln im Pazifik aufgenommen, obwohl sich diese bereits in einem Memorandum von 1979 verpflichtet hatten, nach ihrer Unabhängigkeit diplomatische Beziehungen zu Taipei aufzunehmen und ihr Außenminister noch im Mai 1989 zu einem zweiten Besuch in Taiwan gewesen ist.²³ Taiwan ist auch darüber sehr enttäuscht, daß Indonesien und Singapur trotz ihrer guten Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan am 3. Juli bzw. 3. Oktober 1990 diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen haben.

Taiwan hat seit dem Einsatz der "flexiblen" Diplomatie bereits zu sechs Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen, zuletzt am 6. November 1990 zu Nicaragua. Einen Tag danach brach Beijing seine diplomatischen Beziehungen zu dem mittelamerikanischen

Staat ab.²⁴ Bemerkenswert ist der Fall Boliviens: Bolivien hat trotz seiner vollen diplomatischen Beziehungen mit Beijing am 30. Oktober 1990 Taiwan gestattet, eine Vertretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China", die den gleichen diplomatischen Status wie Vertretungen internationaler Organisationen hat, in La Paz zu gründen. Beijing hat zwar gegen den Vorgang Protest erhoben, aber die diplomatischen Beziehungen mit Bolivien nicht abgebrochen. Falls die doppelchinesische Vertretung auf diese Art und Weise in La Paz nicht von kurzer Dauer ist, dann könnte diese Regelung, so hofft man in Taiwan, als ein neues Modell der "flexiblen" Diplomatie der Regierung Taipei gelten. In letzter Zeit hat Taiwan wiederholt mit einer Reduzierung der bereits bestehenden Beziehungen mit dem chinesischen Festland gedroht, falls Beijing Taipei außenpolitisch weiter isoliert.

Neben Taiwans außenpolitischen Offensiven bereitet Beijing neuerdings auch die innenpolitische Entwicklung Taiwans große Sorgen. Die starke taiwanische Opposition Minjindang (MJD, Demokratisch-Fortschrittliche Partei) hat am 7. Oktober 1990 einen Beschluß mit folgendem Wortlaut gefaßt: "Die de-facto-Souveränität unseres Staates erstreckt sich nicht auf das chinesische Festland und die Äußere Mongolei."²⁵ Dies bedeutet praktisch eine Befürwortung des Verzichts auf die chinesische Vereinigung (die Mongolei wird von der Regierung Taipei immer noch als ein Bestandteil der Republik China betrachtet); die rhetorisch pedantische und umschreibende Formulierung zielt darauf, Anschuldigungen, die Regierung betreibe Separatismus, zu vermeiden. Am 14. November beschloß die Partei weiter, eine Kommission mit dem ebenfalls eigenartig verschwommenen Namen "Taiwan Zhuquan-duli-yundong Weiyuanhui" (wörtlich: Kommission der Bewegung für die Souveränitätsunabhängigkeit Taiwans) zu gründen.²⁶

Nach einem Bericht der informierten Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* hat Yang Shangkun, Staatspräsident der VR China und zuständig für Taiwan in der KPCh, am 8. Oktober 1990, also am dem genannten MJD-Beschluß über

die de-facto-Souveränität Taiwans folgenden Tag, eine Sonderkonferenz aller für die Angelegenheiten Taiwans zuständigen Behörden in Beijing einberufen. Yang bezeichnete die Bewegung für die Unabhängigkeit Taiwans als eine Provokation gegen das 1,2 Milliarden Menschen zählende chinesische Volk. Wie Yang waren Deng Xiaoping, Chen Yun, Li Xiannian und andere Senior-Politiker Beijings der Auffassung, daß Li Denghuis Politik für die chinesische Vereinigung nur ein Täuschungsmanöver sei. Heimlich unterstütze die GMD die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung der MJD und betreibe auch Subversion auf dem chinesischen Festland. Doch die jüngeren Regierungspolitiker wie Ministerpräsident Li Peng und sein Vize Yao Yilin legen - laut *Zhengming* - großen Wert auf Wirtschaftsverbindungen mit Taiwan.²⁷

Bei einem Gespräch am 19. Mai 1990 mit dem ehemaligen hohen GMD-Politiker aus Taiwan, Deng Wenyi (86), sagte Deng Xiaoping: "Das (chinesische) Festland und Taiwan gehören zu einer Familie. Man soll keinen Krieg mehr machen; Krieg ist für beide Seiten nicht gut." "In der kommenden Zeit müssen sich das Festland und Taiwan vereinigen, vielleicht in zwei oder drei Jahren, aber spätestens dann muß die Vereinigung realisiert sein."²⁸ Andererseits soll Deng Xiaoping einem anderen Bericht der *Zhengming* zufolge in einem internen Gespräch mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des ZK der KPCh und anderen Senior-Politikern wie Yang Shangkun, Wang Zhen u.a. nach seinem Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden des Nationalen Militärkomitees gesagt haben, daß die Taiwan-Frage ein Herzenskummer von ihm sei. "Ich wiederhole jenes Wort: Soweit die Frage nicht gelöst ist, kann ich nicht einschlafen. Ich schäme mich, Marx zu sehen! Genosse Yang Shangkun erzählte, er sei wegen dieser Frage auch häufig schlaflos. Wir haben lebenslang Krieg geführt. Ich glaube nicht, daß wir diese harte Nuß (Taiwan) nicht knacken können!"²⁹

Beijing hat die Möglichkeit einer Waffenanwendung gegen Taiwan bei folgenden Anlässen als Möglichkeit genannt, nämlich bei einer Unabhängigkeitserklärung von Taiwan, bei ausländischer Einmischung in Taiwan und bei der Ablehnung von Verhandlungen für die chinesische Vereinigung durch Taiwan. In der Taiwan-Straße herrscht zur Zeit also nur ein "kalter Frieden".

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu Yu-Hsi Nieh, "Quo vadis, Taiwan? - Zur Wendung in der Chinapolitik Washingtons", in: C.a. Januar 1979 (Berichtsmonat Dezember 1978), S.879 ff.
- 2) RMRB, 1.1.1979.
- 3) FR, 4.1.1979.
- 4) DGB, 4., 8., 12. und 24.1.1979.
- 5) Ebenda, 10. und 15.1.1979.
- 6) Zum Text Hus Rede s. RMRB, 10.10.1981 und Übersetzung in deutscher Sprache in BRu 1981, Nr.42, S.13 ff.
- 7) Zum Text Yes Interview s. RMRB, 1.10.1981 und Übersetzung in deutscher Sprache in BR 1981, Nr.40, S.10 ff. (Nachdruck in C.a. Oktober 1981, S.680).
- 8) Ausführlich dazu s. Bernd Geseko v.Lüpke, "Die Taiwan-Politik der Volksrepublik China seit 1980", Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg, Nr.168, 1988, S.79 ff. Zu den sino-britischen Verhandlungen und der "Gemeinsamen Erklärung" über Hongkong s. Yu-Hsi Nieh, "Das chinesisch-britische Pokern um Hongkong", in: C.a. Oktober 1983, S.606 ff., derselbe, "Chinesisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in: C.a. September 1974, S.528 ff.
- 9) ZYRB, 2.1.1979.
- 10) Ebenda, 12.1.1979.
- 11) Siehe Yu-Hsi Nieh, "Uneinigkeit über eine Vereinigung - Beijings Friedensofferte und Taiwans Reaktion", in: C.a. Oktober 1981, S.677 ff., hierzu S.678; LHB, 2.10.1981.
- 12) Yu-Hsi Nieh, ebenda, S.679; ZYRB und LHB, 8.10.1981.
- 13) Yu-Hsi Nieh, ebenda; ZYRB und LHB, 11.10.1981.
- 14) Dazu s. Yu-Hsi Nieh, "Anzeichen einer Kursänderung in Taiwan", in: C.a. Juni 1986, S.373 ff., hierzu S.374 f.; "Besuch enger Verwandten in Festland-China offiziell erlaubt", in: C.a. November 1987, Ü 41, S.856 f.
- 15) ZYRB und LHB, 21.5.1990.
- 16) Dazu s. "Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die chinesische Vereinigung", in: C.a. Oktober 1990, Ü 43, S.782 f.
- 17) Ausführlich dazu s. entsprechende Übersicht in diesem Heft.
- 18) Ausführlich dazu s. "Endgültige Lösung der Taiwanfrage im IOC", in: C.a. März 1981, Ü 57, S.174 f.
- 19) Ausführlich dazu s. "Unklare Position Taiwans bei der ADB", in: C.a. März 1986, Ü 36, S.151 f.
- 20) Ausführlich dazu s. "Rückkehr in die Asia-tische Entwicklungsbank", in: C.a. April 1988, Ü 36, S.277.
- 21) Ausführlich dazu s. "Unterschiedliche Reaktionen auf die Beteiligung an der ADB-Jahrestagung in Beijing", in: C.a. Mai 1989, Ü 28, S.332 f.
- 22) Ausführlich dazu s. "Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Saudi-Arabien", in: C.a. Juli 1990, Ü 2, S.509 ff.; "Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien", ebenda, Ü 33, S.524 f.
- 23) LHB, 17.11.1990; DGB, 18.11.1990.
- 24) Ausführlich dazu s. "Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nicaragua", Übersicht unter Taiwan in diesem Heft.
- 25) Ausführlich dazu s. "Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die chinesische Vereinigung", in: C.a. Oktober 1990, Ü 43, S.782 f.
- 26) Dazu vgl. "Neue Organisationen für das chinesische Festland und Beijings neuer Leiter für Taiwan-Büro", Übersicht in diesem Heft.
- 27) Luo Bing, "Taidu ti'an zhenjing zhongnanhai" (Der Beschluß für die Unabhängigkeit Taiwans schockierte Zhongnanhai), in Zhengming, Hongkong, November 1990, S.18 f.
- 28) Chen Yuxin, "Deng Xiaoping shuo: Buyao dazhang, sannian tongyi" (Deng Xiaoping: Kein Krieg, Vereinigung in drei Jahren), in: Xinxiwen, Taipei, 29.10.-4.11.1990, S.12 ff.
- 29) Luo Bing, "Zhonggong duitai dagongshi de xumu" (Das Vorspiel zur großen Offensive der chinesischen Kommunisten gegen Taiwan), in: Zhengming, Hongkong, Juli 1990, S.9 ff.